



Seit einigen Tagen treten in Wuppertal radikalislamische Salafisten als "Scharia-Polizei" auf, patrouillieren in orangefarbenen Westen nachts durch die Straßen, belästigen Passanten und versuchen, junge Männer anzuwerben. Die Bundesregierung hat jetzt mit scharfen Worten auf die selbsternannten Sittenwächter reagiert: "Die Scharia wird auf deutschem Boden nicht geduldet. Niemand darf sich anmaßen, den guten Namen der deutschen Polizei zu missbrauchen", sagte Innenminister Thomas de Maizière der "Bild"-Zeitung. Und Justizminister Heiko Maas betonte in dem Blatt: "Für die Durchsetzung von Recht und Gesetz ist allein der Staat verantwortlich." Klar sei, dass eine illegale Paralleljustiz nicht geduldet werde.

Der Zentralrat der Muslime verurteilte die Aktion in Wuppertal scharf. "Diese paar Halbstarken sprechen nicht in unserem Namen", sagte der Vorsitzende Aiman Mazyek dem "Tagesspiegel am Sonntag". "Diese Leute betreiben eine Zweckentfremdung unserer Religion. Sie schaden mit dieser schrillen und völlig unsinnigen Aktion den Muslimen ungemein."

Die Islamisten hatten mit gelben Verbotshinweisen den Anspruch auf eine "Shariah Controlled Zone" (Scharia-kontrollierte Zone) erhoben. Darauf sind Verhaltensregeln der radikalen Muslime festgehalten: Kein Alkohol, kein Glücksspiel, keine Musik und Konzerte, keine Pornografie und Prostitution, keine Drogen.

Festgenommen wurden die Männer im Alter von 19 bis 33 Jahren demnach nicht. Gegen elf Personen wurde aber ein Verfahren wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz eingeleitet. Falls jemand aufgefordert wurde, eine Diskothek nicht zu betreten, müsse geprüft werden, ob eine Nötigung vorliege, sagte ein Sprecher der Staatsanwaltschaft. (Quellen, ARD, Frankfurter Rundschau, Spiegel.de)